

## **Delegiertenversammlung Bündner Gewerbeverband vom 10. Juni 2005 in Landquart**

Übersicht Referat von *Prof. Dr. Walter Wittmann*, Bad Ragaz

### **Nach der Avenir Suisse Studie: Rezepte für Graubünden**

#### **Welche Projekte können in Graubünden noch realisiert werden, wenn sich die Zentren von der Solidarität verabschieden?**

Die **Wachstumsschwäche** der Schweiz wird andauern, da marktwirtschaftliche Reformen nicht in Sicht sind. Graubünden kann daher nicht mit **IMPULSEN** aus der Schweiz rechnen.

Die Finanzlage des Bundes verschlechtert sich weiter im **TREND**, aber: Der Spardruck steigt, ihm wird aber vorläufig nicht nachgegeben. Je länger der Bund zuwartet, desto drastischer werden die Massnahmen ausfallen:

- Abbau von **Subventionen** an die Landwirtschaft
- Kürzung von **Beiträgen** an die Kantone
- Abbau von **Sozialleistungen** trifft die privaten Haushalte direkt: weniger Kaufkraft im Kanton...

Gespart wird zuerst an den **INVESTITIONEN** in die Infrastruktur: Es geht um den **(Strassen)Verkehr**: Zum einen haben grössere Projekte (z.B. Tunnels) keine Chance mehr. Zum anderen wird die Subventionierung des **Regionalverkehrs** unter die Räder kommen. Zum Dritten wird der öffentliche Verkehr (RhB) nicht ungeschoren davon kommen.

**Eine Chance:** Nach der Gesamtverkehrskonzeption von 1973 müssten folgende Strassen zu Nationalstrassen aufgewertet werden: Chur-Oberengadin-Tirano; Martina-Castasegna; Reichenau-Andermatt (ins Wallis).

#### **Welche Massnahmen sind zu treffen, damit in den Randregionen Wachstum erzielt wird?**

Wachstum stammt nahezu ausschliesslich von **INNOVATIONEN**: Neue Produkte, neue Verfahren und neue Dienstleistungen.

Von **privaten Investitionen** in traditionellen und neuen Unternehmen und Branchen.

Durch **Ansiedlung von Unternehmen** aus dem In- und Ausland: Das Schwergewicht liegt bei ausländischen Unternehmen.

**Liberalisierung** in regulierten Branchen, so auch in der Landwirtschaft: Zum einen Aufhebung der Milchkontingente, zum anderen Aufhebung des bäuerlichen Bodenrechts.

**Drastischer Abbau von allen Steuern**, welche Unternehmen belasten, um ihre Finanzkraft zu stärken.

Der Ausbau der INFRASTRUKTUR ist nur dann produktiv, wenn er private Investitionen auslöst, welche die Kosten der Infrastruktur zumindest wettmachen.

Die **Subventionierung** von bedrohten Unternehmen oder gar ganzer Branchen ist ein Irrweg: Der Strukturwandel wird be- und verhindert: Er kommt später zu einer krisenhaften Entwicklung, die nicht mehr aufzuhalten ist.

### Was muss sich in Graubünden auf föderalistischer Ebene ändern?

Über den Neuen Finanzausgleich (NFA) hinaus Fortsetzung der ENTFLECHTUNG zwischen Bund und Kantonalen für mehr Selbstverantwortung der Kantone.

Kantone und Regionen müssen die **Verkehrsausgaben** nach dem Nutzniesserprinzip selbst finanzieren: Der Bund ist ausschliesslich für das **nationale Netz** zuständig.

**Verzicht der Kantone** auf Widerstand und Referenden gegen marktwirtschaftliche Reformen auf Bundesebene, u.a.

- Unternehmungssteuerreform II
- Binnenmarktgesetz
- Liberalisierung des Service Public
- Abbau von (Bundes-)Subventionen

FAZIT: Die Kantone dürfen nicht weiter **Verantwortungslosigkeit** gegenüber der Schweiz (Bund) organisieren, sonst torpedieren sie die Revitalisierung des Landes, schaden sich letztlich selbst.

### Welche wirtschafts- und finanzpolitischen Reformstrategien müssen in Graubünden umgesetzt werden?

Gezielter **Abbau von Regulierung**, damit Investitionen nicht mehr be- und verhindert werden.

**Simultane Behandlung von Gesuchen** durch alle involvierten Behörden mit verkürzten zeitlichen Vorgaben.

**Einsprachemöglichkeiten** nur (noch) durch direkt Betroffene, ohne zeitliche Verzögerungen.

Abschaffung der **Verbandsbeschwerde**, da es sich weder um Eigentümer noch um direkt Betroffene handelt.

**Abbau, besser Aufhebung von Subventionen**, um den Fehleinsatz von Ressourcen zu verhindern:

- **Spitäler** sind zu Verselbständigen, ohne Verlustabdeckung: Der Wettbewerb führt zum Abbau von Überkapazitäten
- Keine Kantonsbeiträge mehr an **sub-optimale Gemeinden**: Sie müssen dann fusionieren, um zu überleben.
- **Entflechtung** von Kanton und Gemeinden, um Selbstverantwortung und Sparsamkeit zu erzwingen.

Abschaffung aller **ertrags-unabhängigen Steuern**, namentlich der Vermögenssteuern, der Kapital- und Vermögensverkehrssteuern.

**Massive Senkung** der Einkommenssteuer zu Lasten von Unternehmen aller Rechtsformen (Wettbewerbsneutralität).

### **Welche Dimensionen sind in zeitlicher Hinsicht bei den Reformstrategien gefragt?**

Vom **Bund** aus kommen auf absehbare Zeit keine Impulse: Das ist zu erwarten, wenn es später zu einer krisenhaften Entwicklung (Zahlungsunfähigkeit) kommt: Dann allerdings mit **Notrecht** wie früher auch.

Der Kanton hat in Bezug auf marktwirtschaftliche Reformen die letzten **30 Jahre verschlafen**: Weiter zuwarten macht keinen Sinn, die (negativen) TRENDS gehen beschleunigt weiter: Sie können auf Dauer mehr möglich sein: EROSION der Wirtschafts- und Finanzkraft geht weiter.

**Es muss konzeptvoll und rasch gehandelt werden.** Dazu braucht es keine Expertenberichte: Was zu tun ist, steht schon lange fest. **Handeln**, nicht abklären und zuwarten!

Erforderlich sind keine kosmetischen Massnahmen, sonder **radikale Massnahmen**, neue Regeln als klare Orientierung für die Wirtschaft, damit sie innoviert und investiert. Nicht mildern – nur abbauen, sondern **abschaffen** ist die Devise.

### **Kann der Auftrag der dezentralen Besiedlung, wie er in der Bundesverfassung statuiert ist, im heutigen Rahmen noch aufrechterhalten werden?**

**Kein Land der Welt** hat soviel wie die Schweiz für die dezentrale Besiedlung ausgegeben. Diese Politik kann auf Dauer **finanziell** nicht durchgehalten werden.

Trotz rekordhaftem Aufwand war die **Abwanderung** aus den Berg- und Randregionen, mit grossen regionalen Unterschieden, seit 1973 nicht aufzuhalten.

Die **ökonomischen Kräfte** setzen sich auf Dauer immer mehr oder weniger durch, gleich was die Politik beschliesst und tatsächlich unternimmt: Man sollte daher den «Kampf gegen Windmühlen» endlich aufgeben.

Es gibt eine **Alternative zur «passiven Sanierung»**: Der Bund fördert **Wachstumspole** in den Rand- und Bergregionen, pumpt darüber hinaus keine Mittel mehr in «Fässer ohne Boden», wie Gebiete ohne Entwicklungspotential.

### **Soll die Regionalpolitik in Zukunft vor allem nah ökonomischen Kriterien funktionieren oder sind auch gesellschaftliche und ökologische Aspekte zu berücksichtigen?**

Die Regionalpolitik ist künftig ausschliesslich nach **ökonomischen Kriterien**, unter Beachtung der Umweltgesetze, zu betreiben.

Der Kanton muss sich von der traditionellen, möglichst gleichmässigen **Förderung aller Gebiete** bis in die bevölkerungsarmen Täler (Niemandland) hinein verabschieden. Es ist nach der Devise

(1960er Jahre) konsequent zu handeln: «**Klotzen, nicht kleksen**».

Der Kanton beschränkt sich auf die Förderung von Regionen mit **Entwicklungspotential**. Er setzt dabei auf jene Branche, welche über die besten Voraussetzungen verfügen. Je nach Region handelt es sich um den Tourismus, die Industrie und (private) Dienstleistungen unter Einschluss der Forschung und Entwicklung (F&E). In der Landwirtschaft und in der Holzindustrie ist die Verarbeitung zu forcieren.

Bei der **Verkehrsinfrastruktur** soll sich der Kanton auf das kantonale Netz (Hauptachsen) entsprechend dem Verkehrsaufkommen konzentrieren. Er zieht sich ganz aus dem kommunalen Strassenbau und –unterhalt zurück: Das entspricht dem Nutzniesserprinzip.

**Priorität** hat der Zuzug von Unternehmen aus der Schweiz und dem Ausland zusammen mit innovativen alten und neuen Unternehmen aus Graubünden.